

Schwarzwälder Tageszeitung

„Aus den Tannen“

Mägern. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt — Amtsblatt für den Bezirk Nagold u. Altensteig-Stad

Teleph. erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr. Rabatt nach Tarif, der jedoch bei gerichtl. Eintreib. od. Konturgen hinfällig wird. Erschließungsort: Altensteig. Gerichtsstand: Nagold. Bezugspreis: Monatl. durch Post 1.56 M., durch Agent. 1.40 M., die Einzelnummer kostet 10 Pfg. Bei Nichterscheinen der Zeitung infolge höh. Gewalt od. Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung / Postfach-Konto Stuttgart 5780 / Telegr.-Adr.: „Tannenblatt“ / Teleph. 11.

Nummer 26

Altensteig, Dienstag den 2. Februar 1932

55. Jahrgang

Zum japanisch-chinesischen Krieg

Die Frage der Kriegserklärung Chinas

Nanking, 1. Febr. Wie verlautet, haben an der Sitzung vom Samstag, in der die Frage der Kriegserklärung an Japan besprochen wurde, die obersten chinesischen Führer, darunter Tsching-ankaischek, teilgenommen. Alle seien für die Erteilung einer Kriegserklärung gewesen, aber wie man heute aus zuverlässiger Quelle erfährt, für einen Krieg ohne vorhergehende Kriegserklärung.

Die ausländischen Truppen in Schanghai

Schanghai, 1. Febr. Der eben eingetroffene britische Kreuzer „Suffolk“ hat Marineinfanterie gelandet, die die Truppen abholen soll, die seit Beginn der Krise die Wasserwerke der Stadt bewachen. Der französische Generalstabschef teilte mit, daß ein französisches Bataillon aus Tientsin entsandt worden sei. Damit wird sich die ausländische Befehlsführung der internationalen und der französischen Konzeption auf 12 000 Mann (ausschließlich der Polizei- und der Marineabteilungen) belaufen.

Ein japanischer Kreuzer beschießt Nanking

Washington, 1. Febr. Der amerikanische Zerstörer „Stimson“ benachrichtigt das Marineamt, daß ein japanischer Kreuzer Nanking beschießt.

Japanische Truppenlandung in Nanking?

New York, 1. Febr. Wie Associated Press aus Schanghai berichtet, werden chinesische Meldungen zufolge japanische Marineinfanterie unter dem Feuerbeschuss eines auf dem Yangtse-Fluß liegenden japanischen Zerstörers in Nanking an Land.

Erbitterte Kämpfe um Nanking

London, 1. Februar. Ueber die japanische Landungsaktion bei Nanking wird in einem Telegramm mitgeteilt, daß die japanischen Kriegsschiffe am 23.15 (Ortszeit) begonnen haben, Nanking mit Geschützfeuer zu beschießen. Die japanischen Marineinfanterie wurden im Schutze bester Schiffsartillerie an Land gebracht. Erbitterte Kämpfe sind im Gange. Vor Nanking liegen vier japanische Kreuzer und drei Zerstörer, während die Chinesen dort drei Kanonenboote, die Vereinigten Staaten und Großbritannien je ein Kanonenboot dort haben.

Ruhe in Nanking

Nanking, 1. Februar. Seit 1 Uhr nachts (Ortszeit) herrscht Ruhe in der Stadt. Gleich nach Beginn der Beschießung begannen die ausländischen Konsulate in größter Eile Maßnahmen zum Abtransport ihrer Staatsangehörigen zu treffen; ein Abreisebefehl wurde indes noch nicht erteilt. Chinesische Augenzeugen der Zusammenstöße berichten, daß japanische Matrosen auf eine chinesische Patrouille gefeuert hätten und gleich danach japanische Kriegsschiffe die Forts auf dem Löwenhügel mit Granaten beschoßen. Offiziell wird erklärt, daß die Forts das Feuer nicht erwidert hätten und die in der Stadt befindlichen Truppen Befehl erhalten haben, nicht zurückzuschießen. Insgesamt seien zwanzig Granaten von den japanischen Kriegsschiffen abgefeuert worden. Auf Anordnung der Behörden liegt nach Geschäftssehluß die ganze Stadt in Dunkel gelockt.

Japans Antwort auf den britischen Protest

Tokio, 1. Febr. Der Außenminister erklärte dem britischen Botschafter, der ihm den Protest seiner Regierung gegen die japanischen Maßnahmen in Schanghai zur Kenntnis brachte, daß die von den Japanern in Schanghai ergriffenen Maßnahmen nicht das Mindestmaß des Notwendigen überschritten hätten, und gab zu verstehen, daß der britische Protest auf falschen Informationen zu beruhen scheine, die propagandistische Natur seien.

Die japanische Presse zu den Ereignissen in Schanghai

Tokio, 1. Febr. Die Presse kritisiert den Beschluß des Völkerbundesrates, Artikel 15 anzuwenden, sehr scharf als sachlich unangehörig und politisch höchst bedenklich. Die japanischen Beobachter hätten ausschließlich chinesische Angriffe abgewehrt, als sie auf Anordnung des internationalen Stadtrates die von Tausenden von Ausländern bewohnte Zone von Schanghai besetzten. Der Zwischenfall lasse sich nicht mit den Vorgängen in der Mandchurie vergleichen. Die Schanghai-Frage sei lediglich von innenpolitischer und lokaler Bedeutung, werde vom Völkerbundsrat aber offenbar unangehörig überschätzt. Es bestehe keine Gefahr eines Kriegsausbruchs zwischen Japan und China, der allein die Voraussetzung für die Anwendung des Artikels 15 und der daraus resultierenden Sanktionen bilden sollte. Der Beschluß des Völkerbundesrates lasse vollkommen die Tatsache außer Acht, daß der Völkerbund bei den anglo-amerikanischen Bombardements Nankings im Jahre 1927, das einen viel schlimmeren Gewaltakt darstellt, nicht eingeschritten sei. Der übertriebene Beschluß des Völkerbundesrates sei für Japan unannehmlich, dessen Beziehungen zum Völkerbunde dadurch schwer gefährdet seien.

Die Völkerbunds-Kommission wartet noch der Mandchurie?

Amsterdam, 1. Febr. Das Völkerbundssekretariat hat sich an die holländische Flussverlehrs-Gesellschaft, die den Luftverkehr Holland-Niederländisch-Indien unterhält, mit der Anfrage gewandt, ob sie ein Flugzeug für die schnelle Ueberführung der Untersuchungskommission des Völkerbundes nach der Mandchurie zur Verfügung stellen kann. Die Flussverlehrs-Gesellschaft hat hierauf eine positive Antwort erteilt. Ein besonderes Flugzeug wird bereitgehalten. Jedoch ist bisher noch keine neue Mitteilung des Völkerbundssekretariats eingegangen.

Aufruf des Hindenburg-Ausschusses

Berlin, 1. Febr. Der Hindenburg-Ausschuss hat heute abend folgenden Aufruf erlassen:

Das Volk will Hindenburg!
Deutsch!

In wenigen Wochen soll das deutsche Volk den neuen Reichspräsidenten wählen. Millionen sind der Ueberzeugung, daß für die höchste Würde des Reiches nur ein Mann in Betracht kommt, Hindenburg. Gegenüber der geschäftlichen Persönlichkeit des gegenwärtigen Reichspräsidenten treten alle anderen Namen zurück, die in der Erörterung der letzten Woche von der Parteipolitik genannt worden sind.

Hindenburg! Um diesen Namen leuchtet der Ruhm von Tannenberg und die lebendige Erinnerung an das deutsche Heer des Weltkrieges, das vier Jahre den Boden der Heimat schützte und die deutschen Waffen feierlich in ferne Länder trug.

„Hindenburg“: Das ist ein Leben deutscher Pflichten- und Treue, das dem Vaterlande von der Kaiserproklamation von 1871 bis zur Präsidentschaft der Republik.

Hindenburg: das ist die Ueberwindung des Parteienwesens, das Sinnbild der Volksgemeinschaft, die Führung in die Freiheit!

Hindenburg: das ist für Deutschland und die Welt die vornehmste Verkörperung der Deutschen, der Erste im Weltkrieg, der Erste im Frieden, und der Erste im Herzen seiner Mitbürger.

Deutsch! Seid in dieser Stunde ein Volk, dankbar, einsig und groß!

Ein imposante Kundgebung soll Hindenburg bitten sich als Volkscandidat für die Wiederwahl als Reichspräsident zur Verfügung zu stellen. Keiner darf zur Seite stehen, wenn es gilt, sich zu Hindenburg und zur nationalen Einheit zu bekennen.

Deutsch! Dein Name gebietet Hindenburg!
Der Hindenburg-Ausschuss.

Wirtschaftspartei für Hindenburg

Berlin, 2. Febr. Die Reichstagsfraktion der Wirtschaftspartei hielt am Montag eine mehrstündige Sitzung ab, in der sie den Bericht der Abgeordneten Dr. Bredt und Kollath entgegennahm, die beim Reichstagsrat wegen der Reichspräsidentenwahl vorgeföhrt worden waren. Die Fraktion bekannte sich einmütig zur Kandidatur Hindenburgs und brachte zum Ausdruck, daß eine andere Kandidatur für die Wirtschaftspartei nicht in Frage komme. Die Fraktion billigte ferner einmütig die Haltung des Abg. Jörßgen im Strafrechtsausschuss des Reichstags und die von ihm im Ausschuss abgegebene Erklärung, daß die Wirtschaftspartei ansehts des Fortbleibens der deutschnationalen und nationalsozialistischen Vertreter eine Weiterberatung der Strafrechtsreform durch den Ausschuss für zwecklos halte und sich daher gleichfalls an den Ausschuhssitzungen nicht weiter beteiligen werde.

Stahlhelm gegen Sahn-Ausschuss

Berlin, 1. Febr. Das Bundesamt des Stahlhelm teilt mit, der erste Bundesführer Sahn habe dem Berliner Oberbürgermeister Dr. Sahn mitgeteilt, daß er sich nicht in der Lage sehe, dem von Dr. Sahn geplanten Ausschuss für die Wiederwahl des Reichspräsidenten von Hindenburg beizutreten. Diese Stellungnahme richte sich nicht gegen Hindenburg, der Stahlhelm erblicke jedoch weder in Dr. Sahn die geeignete Persönlichkeit noch in dem von ihm beschrifteten Wege der Bildung eines vorwiegend mittelparteilichen Ausschusses das geeignete Mittel für die Behandlung der Reichspräsidentenwahlfrage.

Die Vereinigten Staaten lehnen Beteiligung an der Untersuchungskommission für Schanghai ab

Genf, 1. Febr. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat die Einladung des Generalsekretärs des Völkerbundes, sich an der Untersuchung über die Vorkänge in Schanghai zu beteiligen, beantwortet. Das amerikanische Staatsdepartement teilt in seinem Schreiben mit, daß die Vereinigten Staaten an den Bemühungen des Völkerbundes, den Konflikt zwischen Japan und China beizulegen, bereitwillig teilnehmen wollen. Einer direkten Beteiligung der Vereinigten Staaten in der Untersuchungskommission, die auf Grund des Artikels 15 des Statuts festzulegen an Ort und Stelle in Schanghai treffen soll, können jedoch zwei Hindernisse entgegen. Zunächst seien die Vereinigten Staaten nicht Mitglied des Völkerbundes. Sodann gehe in die Einlegung dieser Kommission nicht auf einen einmütigen Beschluß des Völkerbundesrates zurück, da Japan vorläufige Einwendungen gegen die Anwendung des Artikels 15 erhoben habe.

Der Evangelische Volksdienst zur Aktion des Hindenburgauschusses

Essen, 1. Februar. Der Evangelische Volksdienst Westfalens hat an Oberbürgermeister Sahn folgendes Telegramm gerichtet: Der Evangelische Volksdienst begrüßt Ihr Eintreten für die Wiederwahl Hindenburgs aufs wärmste und wünscht Ihren Bestrebungen im Interesse des deutschen Volkes vollen Erfolg. — In einem Telegramm an den Reichspräsidenten hat der Evangelische Volksdienst gleichzeitig die Bitte ausgesprochen, daß der Präsident zum Heile des deutschen Volkes erneut das schwere Opfer auf sich nehmen möge, als Reichspräsident zu kandidieren.

Der Aufruf des Hindenburgauschusses im Spiegel der Presse

Berlin, 2. Februar. Der Aufruf des Sahn-Ausschusses zur Wiederwahl Hindenburgs wird von der Mehrzahl der Berliner Morgenblätter mit zustimmenden Kommentaren veröffentlicht.

Außer in den kommunistischen Blättern findet der Aufruf lediglich in der „Deutschen Zeitung“ eine ausgesprochene Ablehnung. Das Blatt führt aus, die Frage, ob das deutsche Volk Hindenburg wolle oder nicht, solle noch nicht unterzucht werden. Daß es den Ausschuss des Herrn Sahn nicht beauftragt habe, seinen Willen zu verkünden, stehe fest, umso mehr, nachdem alle großen nationalen Organisationen sich dem Aufruf selbst verweigert hätten. Vielleicht siehe der Feldmarschall nunmehr selbst gewisse Folgerungen gegenüber diesen und ähnlichen Unternehmungen.

Die Blätter des Scherkerlagers, „Völkische Zeitung“ und „Tag“, äußern sich mit Zurückhaltung. Sie unterstreichen die Tatsache, daß der Aufruf nichts von einer Bereitwilligkeit des Reichspräsidenten sage, die Kandidatur aufgrund des Ausschusses zu übernehmen, und schließen daraus, daß der Reichspräsident sich noch nicht entschieden habe. Der „Völkische Zeitung“ nennt dazu noch eine Reihe Namen führender Männer, die sich dem Ausschuss nicht angeschlossen hätten, obwohl sie vorher genannt worden seien. Unter ihnen Dr. h. c. Brandes, Reichstagsrat, Dr. Cuno, Exeget, der Vorsitzende der Vaterländischen Verbände, Graf von der Goltz, der Präsident des Reichsriegerbundes General von Horn, der 1. Präsident des Reichslandbundes, Graf Kaldreuth, der Vorsitzende des Reichsverbandes der deutschen Industrie, Dr. Krupp v. Bohlen-Halbach, der Führer der freien Gewerkschaften, Dr. Leipart, Scheinrat Dr. Kavel, der volksparteiliche Reichstagsabgeordnete Gouverneur z. D. Dr. Schnee, der Bundesführer des Stahlhelm Franz Seidte.

Auch die „Völkische Zeitung“ bringt lediglich diesen Hinweis auf die Nichtunterzeichnung und nennt die Zurückhaltung charakteristisch.

Auch der „Vorwärts“ nimmt zu dem Aufruf nicht weiter Stellung, er spricht lediglich von der starken Betonung des „militärischen“.

Im Gegensatz zu diesen genannten Blättern stehen die Ausprägungen der übrigen Presse, die mit starker Betonung die Forderung des Sahn-Ausschusses auf Wiederwahl Hindenburgs unterstreichen.

Die „Germania“ spricht von der patriotischen Tat, die „Völkische Zeitung“ bezeichnet den Aufruf als einen Querschnitt durch alle Schichten und Stände des Volkes.

Der „Völkische Zeitung“ überreicht den Aufruf: „Das Volk will Hindenburg“. Das ganze Deutschland soll es sein, das ganze Deutschland wird es sein.

Auch die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ gibt ihrer Zustimmung Ausdruck. Das Blatt unterstreicht, daß die Zahl der Unterzeichner, die im Jahre 1925 für Hindenburg eingetreten sei, nicht die Mehrheit darstelle und begrüßt die Belehrung zu Hindenburg. Es bittet den Reichspräsidenten, sich darüber zu äußern, welche Stellung er selbst in der Frage seiner Wiederwahl einnehme.

Biccardis Gondel bleibt in den Bergen

Der Assistent Prof. Biccardis, Dr. Ripier, und Oberlehrer Zöbner haben die Möglichkeit eines Abtransportes der Bicarcardischen Gondel von ihrer Lage am Garaler Ferner eingehend geprüft und an den fraglichen Stellen auch photographische Aufnahmen gemacht. Um die Gondel, die etwa 200 Kilogramm schwer ist, zu Tal zu schaffen, müßte sie durch eine enge Schlucht gezogen werden, die von einem Bach durchflossen wird, der sich stellenweise an vier bis fünf Meter tiefen Wasserlämpeln staut. Das Eis, das das Wasser überdeckt, würde trotz der darüber liegenden Schneedecke fast sicher die Gondel und die helfende Mannschaft nicht tragen können und zusammenbrechen. Vor Jahren ist bereits einmal ein Mann im Eis eingebrochen und in einem dieser Wasserlämpeln ertrunken. Bei dieser Sachlage haben Dr. Ripier und Oberlehrer Falkner festgestellt, daß der Transport für die Mannschaft mit einer Lebensgefahr verbunden wäre, für die die Verantwortlichen unter keinen Umständen übernehmen werden kann. Die Gondel Bicarcardis bleibt demnach eine Gefangene der verschütteten Gletscherwelt, in die sie an jenem denkwürdigen Tag aus einer vorher nie erzielten Höhe herabfiel.



Neues vom Tage

Reichstag Mitte Februar

Berlin, 1. Febr. Die Nachricht, daß der Reichstag für den 16. Februar einberufen sei, ist, wie man von maßgebender Stelle erfährt, nicht richtig. Eine Entscheidung über den Tag, an dem der Reichstag zusammentritt, ist bisher noch nicht gefallen. Sie wird erst getroffen werden können, sobald Reichspräsident Ebert, der gegenwärtig verreist ist, wieder in Berlin eingetroffen ist. Im übrigen hat sich an den Dispositionen des Reichstages nichts geändert. Man rechnet vielmehr mit einer vorzeitigen Einberufung des Reichstages Mitte Februar nur zu dem Zweck, den Termin für die Reichspräsidentenwahl festzusetzen. Ueber den kommunisistischen Antrag, den Auwärtingen Ausschluß des Reichstages sofort zur Beratung über den deutsch-japanischen Zwist einzubringen, ist, wie das Nachrichtenbüro des Reichstages weiter hört, noch keine Entscheidung getroffen worden.

Dr. Gördeker zur Preisentung

Berlin, 31. Jan. In einer Erklärung des Reichskommissars für Preisüberwachung heißt es u. a.: Der Preisindex ist gegenüber der letzten Zahl vor meiner Amtsübernahme um 6,3 Prozent gestiegen. Damit ist bei den durch den Index erfahrenen Bedarfsartikeln diejenige Senkung erzielt, die ich bei meiner Amtsübernahme bis Ende Januar zu erreichen für möglich erklärt hatte. Im Interesse der Belebung der Wirtschaft ist es aber notwendig, das Verhältnis zwischen Kaufkraft und Preisen in kürzester Frist noch härter zu verbessern, um Störungen im Produktionsprozeß auszuschalten. An den Orten, für die ich festgestellt habe, daß die zentralen Vereinbarungen über Lebensmittelpreise nicht durchzuführen sind, wird mit besonderen Anordnungen eingegriffen. In einer Beurlaubung wegen des Brotpreises liegt keine Veranlassung vor. Die Brotgetreideversorgung für das ganze Jahr ist absehbare Sicherheit und die Preise werden durch die Kaufkraft bestimmt. Schwankungen im Getreide- und Mehlpreis werden ausgeschlossen.

Die neuen schwedischen Zolltarifbestimmungen

Stockholm, 30. Jan. Die Regierung hat dem Reichstag die Vorläge über die prozessorische Erhöhung von Zöllen — hauptsächlich auf Luxuswaren oder sonst entbehrliche Waren — unterbreitet. Die Vorläge betreffen außer der Warengruppe Kaffee, Kakao, Seide und Automobille, für die bereits ein vorübergehendes Einfuhrverbot verhängt worden ist, u. a. folgende Warenkategorien: Pferde, Gänseleber, Kartoffeln, Gemüse, Früchte, Kaviar, Toilettenartikel, Spielzeuge, frische und künstliche Blumen, Rasiermaschinen, Radiosparte und Spielwaren. Für Felle wird der Zoll von 50 auf 150 Kronen erhöht, für Früchte von 10 auf 20 Kronen je 100 Kilogramm, für entwickelte Filme — hauptsächlich Kinofilme — von 50 auf 1500 Kronen je 100 Kilogramm, für nichtentwickelte Filme mit Ausnahme von kinematographischen Filmen von 30 auf 100 Kronen je 100 Kilogramm, für Handschuhe von 400 auf 900 Kronen, für künstliche Blumen von 2500 auf 5000 Kronen, für Rasiermaschinen von 300 auf 1200 Kronen und für Radiosparte von 10 auf 20 Kronen. Die Vorläge wurden von beiden Häusern angenommen und sofort in Kraft gesetzt.

Aus Stadt und Land

Altensteig, den 2. Februar 1932.

Amthliches. Auf Grund der Verfügung des Innenministeriums, betreffend die staatliche Prüfung von Wohlfahrtspflegerinnen, ist im Kalenderjahr 1931 als Wohlfahrtspflegerin staatlich anerkannt worden für das Hauptfach wirtschaftliche Fürsorge: Ammer, Anna, von Dornstetten, Oberamt Freudenstadt.

25 Jahre waren es gestern, daß Spitalhausmeister Friedrich Seizinger das hiesige Krankenhaus unterstellt wurde. Seizinger, der hier noch in gutem Andenken steht, starb am 17. Oktober 1918 als Krankenwärter im Reserve-Lazarett VI in Stuttgart infolge einer schweren Erkrankung. Seither vermalten Frau und Tochter das Krankenhaus. Durch ihre Hände sind in den vielen Jahren ungezählte Kranke und Verunglückte gekommen und haben ihre treue Pflege erfahren dürfen.

In Artzeizeiten doppelt inserieren! E. W. Philipps, der englische Direktor der kanadischen „Manufacturers Life Insurance Company“, hat soeben erklärt, daß seine Firma im vergangenen Jahre nur dadurch imstande war, ihren Umsatz auf der gewünschten Höhe zu halten, daß sie Zahl und Umfang ihrer Zeitungsinsertate vermehrte. „Ich kann nicht verstehen“, sagte er, „daß manche Firmen eine Zeitung besetzen, weniger zu inserieren. Wir beschließen, den Umsatzrückgang des Jahres in einem Monat auszugleichen, wir verdoppeln unsere Inserate. Das ermutigte auch unsere Agenten, und sie verdoppelten gleichfalls ihre Anzeigen. Der Erfolg war der, daß wir im Jahre 1931 sogar noch einen wesentlich höheren Umsatz tätigten als im Jahre 1930. Auch dieses Jahr sind wir entschlossen, unsere Geschäfte zu steigern. Wir erhöhen unsere Inserate um 25 Prozent und erwarten, daß unser Geschäft um 50 Prozent zunimmt.“

Die Zehnamarktscheine werden zurückgezogen. Die Zehnamarktscheine werden seit einigen Tagen eingezogen, doch behalten sie vorläufig noch ihre Gültigkeit. Die Postbeamten sind bereits unterschrittlich verpflichtet worden, an den Schaltern keine 10 M. Scheine mehr auszugeben.

Vorträge im Gewerbeverein. Am Sonntag Abend hielt der hiesige Gewerbeverein im Nebenzimmer des Gasthofes zum „Waldhorn“ eine Versammlung ab, in welcher über die berufsständischen Versicherungsanstalten im württ. Handwerk und Gewerbe referiert wurde. Hense jr. war als Redner vorgesehen, konnte aber infolge Erkrankung nicht erscheinen, so daß für ihn Bezirksverwalter Albert Riederer aus Tübingen einsprang, der uns von seinem Aufenthalt in Ebhausen her und als früherer Gastwirt unseres Hauses kein Fremder ist. Er kam in Begleitung seines Bruders, des Bezirksvertreters Oskar Riederer aus Stuttgart. Die Brüder teilten sich in die Vorträge. Riederer-Tübingen sprach, nach Begrüßungsworten von Georg Schneider, über die Krankenversicherung durch die Krankenkasse des Verbandes württ. Gewerbevereine und Handwerkervereinigungen, die hier bei den Mitgliedern des Gewerbevereins

schon einen sehr großen Anhang hat. Der Redner gab einen gut orientierenden Überblick über diese Versicherung in allen ihren Teilen und hob die Vorteile derselben für den Gewerbetreibenden, für Meister und Meisterjöhne hervor, welche letztere durch eine Anschlussversicherung an die Versicherung des Vaters zu einem geringen Mehrbetrag betätigt werden kann; die Anschlussversicherung für Kinder geht bis zum Alter von 15 Jahren. Der Redner betonte die loyale und entgegenkommende Behandlung in Entschädigungsfällen, die nicht nach dem Buchstaben des Gesetzes allein erfolge, sondern auch eine Berücksichtigung je nach Lage der besonderen Fälle zulasse. Er empfahl diese Versicherung den Mitgliedern auf das angelegentlichste, damit sie und ihre Familie in Krankheitsfällen gesichert sind. Seinen Ausführungen folgte ein Vortrag von Riederer-Stuttgart über die Lebensversicherungsanstalten A. G. für Handwerk und Gewerbe, die, nach den Ausführungen des Redners, eine beispiellose Entwicklung genommen habe. Im vorletzten Jahre hat der Versicherungsstand in Deutschland um 7 Millionen, im letzten Jahr um rund 10 Millionen zugenommen, was in diesen Zeiten der Geldknappheit und Not etwas heißen will. Sie steht mit diesem Zugang in der vordersten Reihe der deutschen Lebensversicherungsanstalten. Die Versicherung, die unter der Inflation natürlich auch sehr gelitten hat, hat den Versicherungen eine hundertprozentige Aufwertung. Der Redner wies auf die Vorteile dieser Lebensversicherung hin, die auf Gegenseitigkeit beruhe, also keinen Gewinn für sich anstrebe, sondern ihn den versicherten Mitgliedern zu Gute kommen lasse. Der Gewinnanteil betrug im letzten Jahr wieder 20 Prozent der Beiträge. Dieser Gewinnanteil ist, wie der Redner mitteilte, auch für das laufende Jahr gesichert. Mit der Aufforderung, dieser Alters- und Hinterbliebenenversorgung beizutreten, was bei unjüngeren wirtschaftlichen Verhältnissen heute nötiger denn je sei, schloß er seine Ausführungen. — Die Diskussion zeigte ein lebhaftes Interesse an beiden Versicherungen, aber auch an der Rentnerversicherung, die in dreierlei Arten, abgeschlossen und mit ihr ein sorgenfreies Alter geschaffen werden kann. Bei dieser, wie bei der Lebensversicherung empfiehlt sich eine frühzeitige Aufnahme, also nicht erst in höherem Lebensalter. Vorstand Gustav Rucherer wies noch auf die Sterbegeldversicherung des hiesigen Gewerbevereins hin und auf die Notwendigkeit, daß der junge Handwerker Nachwuchs ebenfalls in diese Versicherung einträte. Herr Riederer-Tübingen ging bereitwillig auf jede Anfrage ein und forderte zum Zusammenschluß im Handwerk und Gewerbe auf.

Lichtbilder-Vortrag. Im Saal des Gemeindehauses fand gestern Abend bei gutem Besuch ein Lichtbildvortrag des Evangelischen Arbeitervereins Altensteig statt. Sekretär Mangold-Eßlingen, durch seine wiederholt hier gehaltenen stets lehrreichen Lichtbildvorträge bereits gut bekannt, hatte diesmal die so aktuelle Abrüstungsfrage zum Vortrag auszuwählen. Nach begrüßenden Worten durch Vorstand Kolbe kam Herr Mangold eingangs auf den bekannten Paragrafen 8 des Versailler Diktates zu sprechen, nach welchem alle Rüstungen eine allgemeine Abrüstung durchzuführen werden, um damit zuerst eine Entwaffnung Deutschlands in brutaler Form zu bewirken. Seit diesem Diktat sind fast dreißig Jahre dahingegangen; statt der vertraglichen allgemeinen Abrüstung ist inzwischen ein unerwünschtes und allen politischen Leuten preisgegebenes Deutschland ein Eisenwall starrer Rassen und Erzeugnissen modernster Kriegstechnik gezogen worden. Große Bruchteile des jährlichen Staatsetats werden von allen Mächten für Ausrüstung und Vervollständigung von Heer und Marine verwendet, während wir kaum fünf Prozent jährlich für die Instandhaltung unseres kleinen und bezüglich Ausrüstung in keiner Weise selbst dem kleinsten Land gegenüber gemachten Heeres bedürfen. Die Lichtbilder gaben einen anschaulichen Vergleich zwischen dem unerwünschten Aufrüstern der europäischen Länder sowie Amerika, China und Japan und der damit fortwährend steigenden ökonomischen Notlage Deutschlands. Festungen modernster Stills, Flugzeuge, Schlachtschiffe und U-Boote, Geschütze, Tanks usw., alle bis ins Rohmaterial ausgeführt, zeigten in erschreckendem Maße, wie schmächtig wir mit der Abmachung einer allgemeinen Abrüstung hintergangen werden. Gleichzeitig wird in unerhörtem Maße an der Ausbildung kriegstüchtiger Heere gearbeitet, die bereits während der Schutzzeit beginnt, wo Waffen- und Geschützunterricht abgehalten wird, verbunden mit Ausmärschen und Bildung von Jugendtruppen, und so benutzt die Entschädigung der Jugend, selbst weiblichen Geschlechts, für Kriegszwecke ins Auge gefaßt ist. Diese Bilder sind eine berechtigte Begründung unserer dringenden Forderung zur unverzüglichen Klärung der Abrüstungsfrage. — Die Ausführungen des Vortragenden fanden großes Interesse und dankbaren Beifall. Der Evangelische Arbeiterverein hat sich mit seiner Genehmigung um solche aufklärenden und sehr wertvollen Vorträge, die für uns in unserer Abgeschiedenheit doppelt schätzbar sind, eine große kulturelle Aufgabe gestellt, ihm ist besonders hierfür zu danken.

Vom Krankenunterstützungsverein. Am Sonntag hielt der Verein der Mitglieder Schwarz seine halbjährliche Generalversammlung ab. Der Vorsitzende, Hr. Bauer, begrüßte die zahlreich erschienenen Mitglieder und dankte für das Interesse, das dem Verein entgegengebracht werde. Den Rechenschafts- und Kassenbericht gab der Kassier. Die finanzielle Lage des Vereins kann gegenwärtig als gut bezeichnet werden. Die Kasse, die vom Ausschuss vorher geprüft wurde, wurde in besserer Ordnung befunden und dem Kassier einmütige Entlastung erteilt. Die Wahl des Vorstandes und Kassiers sowie des Ausschusses ging rasch von statten, da sämtliche durch Zufall wieder gewählt wurden. Zur Ausklärung der Mitglieder las Ausschussmitglied Hr. Schabbe einige Paragraphen des Statuts vor, wonach jedes frunkte Mitglied spätestens am zweiten Tag nach der Erkrankung sich beim Vorstand anzumelden hat, wenn es Anspruch auf Krankengeld machen will. Mit Worten des Dankes an Kassier und Mitglieder schloß der Vorstand die harmonisch verlaufene Versammlung. Th.

Reichsbund. Am letzten Sonntag, den 31. Januar, hielt der Reichsbund der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen seine jährliche Hauptversammlung bei Mitglied Albert Luz ab. Vorstand Schittler eröffnete um 2.30 Uhr die Versammlung mit einer Begrüßungsansprache. Als besondere Gäste waren anwesend Kreisleiter Kalls-Horb und der frühere Bezirksvorsitzende vom Bezirk Nagold, Kam. Soulier-Teinach. Aus dem vorgelesenen Rechenschaftsbericht war zu entnehmen, daß der Reichsbund auch im verflochtenen Jahre nicht eingeschlafen war, ebenso zeigte der Kassenbericht infolge des guten Mitglieder-

standes einen schönen Umsatz und daß die Kasse in bester Ordnung war, bewiesen die beiden Redatoren. Der bei jeder Hauptversammlung so wichtige Punkt Neuwahlen ging diesmal unter dem Vorhitz des Kreisleiters Kalls-Horb ohne jede Reibung glatt von statten, denn die alte Vorstandschaft sowie die Ausschussmitglieder wurden per Akklamation einstimmig wieder gewählt. Vorstand Schittler dankte im Namen der Gewählten für das geschenkte Vertrauen und wünschte auch für dieses Jahr ein treues Zusammenhalten. Hierauf ergriff Kreisleiter Kalls das Wort zu einem längeren Referat über die Kriegspferdeversorgung, mußte aber leider immer wieder feststellen, daß jede neue Notverordnung ganz enorme Abstriche bei allen Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen mit sich gebracht hat. Der Vorstand dankte dem Referenten für seinen so lehrreichen Vortrag und stellte diesen zur Diskussion. Unter Verschiedenes kamen verschiedene interne Angelegenheiten zur Sprache. Um 5.30 Uhr konnte der Vorsitzende die äußerst harmonisch verlaufene Versammlung schließen mit dem Wunsch, die Kriegspferde mögen auch im neuen Jahr trotz der schweren Zeit treu zusammenhalten. Spr.

Kadefahrerverein Altensteig. Vergangenen Samstag fand bei Mitglied Kempf zum „Waldhorn“ die jährliche Hauptversammlung statt. Vorstand Walz eröffnete die Versammlung und gedachte nochmals mit kurzen Worten unseres verstorbenen alten Sportskameraden Paul Jannasch, den wir Kadefahrer nicht vergessen können. Anschließend wurde der Kassen- und Jahresbericht zur Kenntnis gebracht. Beide Berichte führten zu keiner Beanstandung. Vorstand Walz dankte den beiden Funktionären für ihre Mithilfe und erteilte denselben die Entlastung. Der Punkt Wahlen brachte keine wesentliche Änderung. Das verflochtene Geschäftsjahr war abwechslungsreich, am Neujahrstag fand eine Familienfeier im Lokal statt, im Laufe des Sommers wurden einige Radioren ausgeführt, im August besichtigte der Verein in Form eines Familienausfluges die Gegend bei Wildbad; es war also getagt, daß jedes Mitglied, ob Alt oder Jung, auf seine Rechnung kam. Der allgemeine Wunsch der Versammlung war, auch dieses Jahr ältere solche Touren auszuführen. Kassier Steeb empfiehlt den Mitgliedern, dem Kadefahrer-Landesverband Württemberg beizutreten, da man dort bei einem Jahresbeitrag von 4 bzw. 6 Mark für Haftpflichtschaden und Unfall versichert ist, was bei dem derzeitigen Verkehr auf der Straße zu empfehlen ist. Nachdem sonst noch einige Vereinsangelegenheiten erledigt waren, schloß der Vorstand die harmonisch verlaufene Versammlung mit dem Wunsch, dem Verein auch in diesem Jahr treu zur Seite zu stehen. All Heil!

Nagold, 1. Februar. Wie in Calw, fand am Mittwoch und Donnerstag auch in Nagold und am Freitag und Samstag in Freudenstadt je ein Fortbildungskurs für Baumwärter statt, die unter Leitung von Gartenbauinspektor Hiller von der Landwirtschaftskammer standen und über die wir in unserer Nr. 21 vom 27. Januar schon berichteten.

Alpirsbach, 1. Februar. Wie aus zuverlässiger Quelle zu erfahren ist, beabsichtigt die Firma Grohe, Metallwarenfabrik, ihre gesamte Fabrikation sowohl hier als auch in Schiltach stillzulegen; Stilllegungsantrag ist schon eingereicht. Diese Maßnahme ist auf die Kündigung des Schweizer Handelsvertrages zurückzuführen.

Kottendorf, 1. Febr. (Faschenshirtendruck.) Am Sonntag wurde in den katholischen Kirchen des Landes der Faschenshirtendruck des Bischofs Dr. Sproll verlesen, der die Bedeutung des Pöpstums behandelt. Der Brief wendet sich ferner gegen die Forderung einer deutschen Nationalkirche.

Hirschau O. Kottendorf, 1. Febr. (Ortsvorsteherwahl.) Bei der Bürgermeisterwahl haben 93,8 Prozent abgestimmt. Von den abgegebenen Stimmen entfielen auf Verwaltungspraktikant Balke 225, Bürgermeister-Amtverweser Latus 183, Bürgermeister Herz 4 und Gemeinderat Roman Haug 43 Stimmen. Balke ist somit gewählt.

Budshelm, O. Spalchingen, 1. Febr. Eine Merkwürdigkeit auf dem Gebiete der Viehzucht trug sich im Stalle eines hiesigen Landwirts zu. Eine Kuh warf auf einmal 4 Kälber, und zwar wurde als erstes Kalb ein sog. Wasserkalb geboren. Das zweite war ein richtiges Kalb, kam aber tot zur Welt. Das dritte und zugleich vierte war eine Wüßgeburt. Diese beiden Kälber hatten zusammen nur einen Kopf. Natürlich war dieses Wunderkalb die Mutter ist bis jetzt wohl auf.

Ebingen, 1. Febr. In der Nacht vom Dienstag auf Mittwoch de am Kriegdenkmal zu Tüßn der Eristosfigur niedergelegten Kränze von Budshelm angezündet. Verbrannt sind allerdings nur die Schleifen, da die Kränze selbst zu hoch waren, um Feuer zu fangen. Nur durch Umstände ist es zu verhindern, daß eine große Beschädigung und Verschwendung des Kriegdenkmals unterblieben ist.

Lakendorf, O. Kottendorf, 31. Januar. (Die gefährliche Kreisfuge.) Am Sonntagabend war ein hiesiger Bürger mit Arbeiten an der Kreisfuge beschäftigt. Im Zweifelsfalle rutschte er offenbar an einer verrosteten Stelle des Bodens aus und stürzte nach vorne auf den Rand der Kreisfuge. Dabei griet er mit der rechten Hand so unglücklich in die Kreisfuge, daß ihm der Daumen samt dem Daumenballen nahezu weggeschnitten wurde.

Böchingen, O. Oberndorf a. N., 1. Febr. Ein eigenartiger Unfall ereignete sich heute früh in der Dorfstraße. Der Sohn des Landwirts Joseph Bach führte eine Kalbin durch den Ort. Infolge unbekannter Ursache schaute das Tier plötzlich und schleifte den Burschen mit sich. Zu allem Unglück fuhr in demselben Augenblick ein Auto durch die Dorfstraße hinter, auf welches die Kalbin hinstürzte und den jungen Landwirt Bach an das Auto hinstauberte. So viel bekannt ist, kam der Bursche, welcher die Kalbin geführt hat, mit einigen Schürfwunden davon.

Stuttgart, 1. Febr. (Gegen die Kriegsschuldfrage.) Bei einer machtvollen Kundgebung gegen die Kriegsschuldfrage, an der sich zahlreiche Frauen und Männer beteiligten und wobei 15 württembergische Frauenvereine vertreten waren, wurde eine Entschuldigungsanfrage angenommen, die an die württ. Regierung die dringende Bitte richtet, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß der Kampf gegen die Kriegsschuldfrage, die eine Ursache der deutschen Not ist, amtlich aufgenommen wird.



Oberstfeld DA. Karbach, 1. Febr. (Z u n d.) Bei der Anlegung einer Kiesgrube fand Karl Leber den 80 bis 90 Zentimeter langen Teil eines Mammuthohes. Der Zahn lag waagrecht nur etwa 70 Zentimeter unter gewachsenem Grasboden. Leider wurde zu spät erkannt, daß es sich um den Stoßzahn eines Mammuts aus der Eiszeit handelt.

Gerichten DA. Heidenheim, 1. Febr. (Bettlerplage.) Massenhaft kommen täglich die Handwerksburschen vor die Türen. Das schlimmste ist, daß es unter ihnen ganz frische Menschen gibt. So drohte einer den Bewohnern mit dem Einschlagen der Fenster und tatsächlich schlug der Bursche eine Glasplatte ein. Eine Tracht Krugel wurde dem Frechling als Strafe zuteil.

Geislingen a. St., 1. Febr. (Z a g d g l i c k.) Ein 74 Jahre alter Nimrod, der Müller Köpf im Roggental, konnte vor kurzem an einem Tage zwei Steinmarder zur Strecke bringen. Er hat auch in der Zeit der letzten Rehjagden 500 Rehe geschossen.

Sortheim DA. Baiingen, 1. Febr. (Zur Bürgermeistereiwahl.) Gestern fand hier die Vorstellung der Kandidaten für die erledigte Ortsvorsteherstelle statt. Von 27 Bewerbern traten 20 vor die Wählerstube.

Ludwigsburg, 1. Febr. (Wegen die konfessionelle Verhehlung.) Auf der Tagung der Windthorstbünde des Neckargaus in Ludwigsburg am Sonntag nachmittag wandte sich Justizminister Dr. Beyerle mit Nachdruck gegen die konfessionelle Verhehlung, die zur Zeit von dem Wanderrichter des Tannenberg-Bundes, Rechtsanwalt Schneider-Karlsruhe, in diesen Versammlungen im Lande getrieben wird. Mit Absicht müsse man sich gegen solche Verhehlungsversuche wenden, die in der heutigen Zeit, was von Katholiken wie Protestanten gleich anerkannt werde, ganz unverantwortlich seien.

Mergentheim, 1. Febr. (Neue Badgesellschaft.) Nach eingehenden Verhandlungen über eine neue Badgesellschaft ist die Einigung über den Vertragsentwurf gelungen, dem sowohl der Bezirksrat wie der Gemeinderat zustimmten. Die neue Gesellschaft wird Bad Mergentheim G.m.b.H. heißen.

Tetzleng, 1. Febr. (Der Lustmord in Kittenweiler.) Zu dem Lustmord in Kittenweiler ist zu melden, daß der Täter, der sich zur Zeit im Bezirgsgefängnis in Bregenz befindet, nicht nach Deutschland ausgewiesen, sondern in Oesterreich und zwar vor dem Schwurgericht in Feldkirch abgeurteilt werden wird. Er hat die Tat eingestanden und zugegeben, ein Sittlichkeitsverbrechen geplant zu haben. Auf der Flucht hatte er nur das eine Bestreben, so schnell als möglich die österreichische Grenze zu erreichen, da er wußte, daß drüben die Todesstrafe abgeschafft ist. Dieses Vorhaben ist ihm auch geglückt und er hat sich dadurch seinen Kopf gerettet. Sein Vater hat nämlich die österreichische Staatsangehörigkeit nicht aufgegeben und der Sohn ist somit Oesterreicher durch Abstammung.

Karbach DA. Niedlingen, 1. Febr. (Drei Häuser abgebrannt.) Samstag nacht brannten die zusammengebauten Häuser des Laver Schramm (Wohnhaus mit Stall und Scheuer), der Witwe Schmädel (Wohnhaus) und der Witwe Hepp (Wohnhaus) lichterloh. Das lebende Inventar konnte größtenteils gerettet werden, während alles andere dem Feuer zum Opfer fiel.

Aus Baden

Freiburg i. Br., 1. Februar. (Schwerer Autounfall — Drei Verletzte.) Samstagabend gegen 10.30 Uhr fuhr ein schwerer Opelwagen aus Richtung Breisach kommend am Ortseingang von St. Georgen bei Freiburg an der Kreuzung der Landstraße nach Basel auf die wenige Meter von Bord gehende Wendelin-Kapelle auf. Der Wagen fuhr mit großer Geschwindigkeit und wurde vollständig demoliert. Während der Fahrt und Befahr des Wagens ohne nennenswerte Verletzungen davon kam, erlitten die drei Mitfahrenden zum Teil schwere Verletzungen.

St. Gallen (Kinzigtal), 1. Februar. Jurgelt wird die Eisenbahnbrücke über die Kinzig unterhalb des Ortes verfehrt. Ein Arbeiter stürzte aus ziemlicher Höhe von der Brücke ab und fiel in die Kinzig. Glücklicherweise führte die Kinzig genähert Wasser mit sich, so daß der Sturz keine weiteren Folgen für den Verunglückten hatte.

Schapbach i. A., 1. Februar. Beim Stangenabladen am Schindberg verunglückte der 40 Jahre alte Fridolin Armbruster dadurch, daß die Stangen abrollten und über ihn hinweggingen. Er trug erhebliche Quetschungen davon.

Württemberg

Vertreterversammlung der Deutschen Volkspartei Württembergs

Stuttgart, 31. Jan. Als Auftakt zu den Landtagswahlen hatte der Landesverband Württembergs der Deutschen Volkspartei einen Vertretertag nach Stuttgart einberufen. Im Mittelpunkt der Tagung stand ein Vortrag des Landesvorsitzenden Staatsrat Rath, der u. a. ausführte: In den nächsten Monaten werden Entscheidungen von weittragender Bedeutung getroffen werden müssen: die Wahl des Reichspräsidenten, die württ. Landtagswahlen, die Wahlen in Preußen, Bayern und vielleicht auch in anderen Ländern. Besonders die Preußenwahlen gewinnen erhöhte Bedeutung wegen ihrer Rückwirkung auf das ganze Reich. Zur Landtagspolitik erklärte der Redner, das Zusammenwirken der Regierungsparteien habe sich durchaus bewährt. Leider sei es nicht gelungen, eine Reform des Wahlrechts nach den Vorschlägen des Verbandes durchzusetzen. Die Partei werde nicht nur die Forderungen der Gewerbetreibenden hinsichtlich des Wahlrechts, sondern auch die im Anschluß an den Landtagstag in Hall aufgestellten weiteren wirtschaftlichen Forderungen nachdrücklich unterstützen. In Sachen der Fortführung des Neubaus der städtischen Klinik in Tübingen werde man sich mit einer Verlangsamung nicht aber mit einer Einstellung des Baues abfinden. Den Wiederaufbau des alten Schlosses werde man zu fördern suchen. Die Trennung der Partei vom Kabinett be-

trug nicht dazu führen, dem Kabinett in dem Augenblick Schwierigkeiten zu bereiten, wo es sich in einem schweren außenpolitischen Baffenaug befindet. Auf dem Gebiet der Reichspolitik sei man entschlossen, jeder Ausdehnung der Zuständigkeit des Reiches entgegenzutreten. Ebenso wende man sich gegen eine weitere Zusammenlegung der Berufsvereinigungen. Das nationalsozialistische Wirtschaftsprogramm stehe in schärfstem Gegensatz zu den Anschauungen der DVA. Ebenso sei es mit der Steuerpolitik. Eine so große Partei wie die NSDAP, aber von der Mitverantwortung ausgeschlossen, steigere nur ihren Kulturbetrieb. Die Regierungspolitik sei mit fast allen ihren Maßnahmen zu spät gekommen, wenn bereits ein Trümmerteil vorhanden war und es kaum noch etwas zu retten geblieben habe. Mit aller Kraft müsse man sich für die Wiederwahl Hindenburg einsetzen. Der Vortrag wurde mit starkem Beifall aufgenommen. In den Reichstagsabgeordneten Reichstag wurde ein Lesekamm angesetzt, in dem ihm die Vertreterversammlung unbefristetes Vertrauen ausspricht. In einer Entschließung wurde Staatsrat Rath das rechtliche Vertrauen und seinen Mitarbeitern im Landtag besonderer Dank für die Führung der Geschäfte ausgesprochen. Dem Vertretertag war eine Sitzung des Landesauschusses voranzugängen, die sich in der Hauptsache mit der Frage befaßte, ob die Deutsche Volkspartei den Wahlkampf allein führen, oder sich mit anderen Gruppen zu einem Wahlbündnis zusammenschließen solle. Der Landesauschuss war einstimmig für selbstständiges Vorgehen bei den Landtagswahlen. Diese Entscheidung wurde von der Vertreterversammlung einstimmig gebilligt. Auf Anregung aus der Versammlung wurde schließlich einstimmig beschlossen, als Spitzenkandidaten für die Landesliste den Vorsitzenden des Landesverbandes, Staatsrat Rath wieder aufzustellen.

Dr. Gehler in Stuttgart

Reichswehrminister a. D. Dr. Gehler über das deutsche Volkstum im Ausland

Stuttgart, 31. Jan. Anlässlich der Landesversammlung des Vereins für das Deutschtum im Ausland, Landesverband Württemberg, sprach am Samstag der Reichsvorsitzende des VDA, Reichswehrminister a. D. Dr. Gehler, im großen Saal des Hauses des Deutschtums vor einer großen Zuhörerschaft, darunter viele Offiziere der Reichswehr, über das Thema „Deutscher Staat und deutsches Volkstum“. Er führte aus, daß es eine Reihe besonderer Tragik, ja ein Unheil für Deutschland sei, daß bei ihm Staat und Volk so weit auseinander fallen. 30 bis 40 Millionen Deutsche leben heute jenseits der Reichsgrenzen. Der Redner schilderte dann die Lage der Auslandsdeutschen und ging besonders auf den harten und grausamen Kampf ein, den die Deutschen im Osten, von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer, um ihr Deutschtum führen müssen. Der Deutsche im Osten sehe im fremden Volkstum nicht unter (anders als vielfach in Nordamerika), weil er der Träger einer höheren Kultur ist. Das Völkerrecht des Völkerbundes bezeichnete der Redner als ein sehr trübes Kapitel. Es gibt in der Welt eben kein Recht, wenn nicht Macht hinter dem Recht steht. Trotz der großen inneren Not im eigenen Vaterlande mühen wir, so betonte Dr. Gehler, alles tun, um den im Ausland lebenden Deutschen die in Not und Bedrängnis sind, moralisch und auch materiell zu helfen. In einer Zeit, wo Millionen für französisches Parfüm und sonstige Luxuswaren ausgegeben werden, muß auch für die Auslandsdeutschen Geld zur Verfügung stehen. Da aber der deutsche Staat in seiner Not kaum helfen kann, wendet sich der VDA an die deutschen Volksgenossen und will eine Volksbewegung entfachen, denn das Schicksal der Auslandsdeutschen ist auch das Schicksal des deutschen Vaterlandes selbst. Der VDA wird so zur Brücke zwischen dem deutschen Staat und dem deutschen Volkstum draußen und erfüllt damit eine große nationale Aufgabe.

Die wirtschaftliche Lage in Stuttgart

Stuttgart, 31. Jan. Der Württ. Industrie- und Handelstag berichtet über die wirtschaftliche Lage im Monat Januar. Die allgemeine Wirtschaftslage in Württemberg hatte durch das Weihnachtsgeschäft eine gewisse Belebung erfahren. Diese war jedoch nicht ausreichend, die stetige Verminderung der wirtschaftlichen Tätigkeit auszugleichen oder gar auszubalancieren. Als besonderes Merkmal der Entwicklung im ersten Monat des Jahres lassen die auffallende Zunahme der wirtschaftlichen Unsicherheit bezeichnet werden. Allgemein mit Ausnahme einiger weniger Zweige der Textil-Industrie, ist eine wachsende Zurückhaltung der Abnehmer zu beobachten. Die Anläufe für das Frühjahrsgeschäft sind noch sehr gering und lassen noch keine günstigen Aussichten für die weitere Entwicklung zu. Ueber die Auswirkungen der Preissteigerungs-Notverordnung auf das Geschäftsgeschehen kann auf Grund der bisherigen praktischen Erfahrungen gesagt werden, daß diese nicht nur eine sehr starke Störung in das gesamte Preiswesen gebracht haben, sondern vielfach auch zu sehr erheblichen Erschütterungen der Substanzverhältnisse geführt haben. Ob die durch die erwähnte Senkung der Preise für die Masse der laufenden Bevölkerung eingetretene kleine Erleichterung die auf der anderen Seite infolge der Verminderung der Waren existierenden Verluste vollwirtschaftlich betrachtet ausgleichen können, bleibt sehr fraglich, denn es darf nicht übersehen werden, daß die Preise auf Grund der natürlichen Marktsituation ohnehin schon fallende Tendenz hatten. Auf alle Fälle sind zwangsmäßige Einriffe in die Preisgestaltung in derartigen Krisenzeiten wie heute immer äußerst gewagt. Die Kaufkraft des Binnenmarktes ist jedenfalls bis jetzt dadurch noch nicht gestärkt worden. Dem Preisdruck fehlt keine Erleichterung der öffentlichen Verhältnisse gegenüber. Durch die Erschwerungen und Abkämpfe der Ausfuhr werden immer mehr Waren auf den deutschen Markt geschoben, die dieser bei der allgemeinen Kaufkraftminderung, besonders auch der der Landwirtschaft, trotz des vorhandenen Bedarfs aufnehmen nicht in der Lage ist. Die allgemeine wirtschaftliche und besonders auch die innenpolitische Unsicherheit vergrößert die Lage. Der Unternehmungsgeist aller Wirtschaftender wird auf eine harte Probe gestellt.

Das Handwerk zur Forderung der Wirtschaftsordnung

RD. Neben den Vorschlägen zur Beilegung der bestehenden Wirtschaftskrise und im Zusammenhang damit wird die Frage der Wirtschaftsordnung immer lebhafter erörtert. Damit ist die äußere Form gemeint, in der sich das wirtschaftliche Zusammenleben vollzieht. Wir haben heute anerkanntermaßen überbaut keine Klar zu bestimmende Wirtschaftsordnung, vielmehr sind in ihr Bestandteile aus Privatkapitalismus, Planwirtschaft, Staatssozialismus durcheinander gemischt. Je nach der vordanebenen Interessenlage wollen die großen wirtschaftlichen Kräftegruppen entweder zu einer freien Individualwirtschaft zurück-

kehren oder eine sozialistische Planwirtschaft errichten. Von jeder Seite wird die Behauptung vorgetragen, daß gerade die von ihr verlangte Wirtschaftsordnung den Bedürfnissen der Wirtschaft am besten angepaßt und in der Lage sei, die bestehenden Schwierigkeiten zu beheben.

In den letzten Jahren haben die Bestrebungen an Boden gewonnen, die Kluft zwischen Unternehmer und Arbeiter durch eine neue Form der Wirtschaftsordnung zu schließen. Mit gewissen Abweichungen zielen diese Bestrebungen auf die Einführung einer Berufsständeverfassung in der Wirtschaft hin. Damit wird ein Gedanke ergriffen, den die Berufsvertretungen des Handwerks erstmals im Jahre 1920 in die Öffentlichkeit herausgestellt haben. Damals sollte durch eine Reichshandwerksordnung für den Bereich des Handwerks eine berufsständische Bestimmung unter Einfluß der Gesellen und Gehilfen errichtet werden. Das Handwerk hat neuerdings in den eigenen Reihen und in der Öffentlichkeit wiederum zur Prüfung des berufsständischen Ordnungsgedankens auf seine Verwirklichungsmöglichkeiten im Handwerk und in der Wirtschaft aufgefordert. Zu diesem Zweck hat der Deutsche Handwerks- und Gewerkekammertag in einer Veröffentlichung „Berufsständegedanke und Berufsständepolitik des Handwerks“ das Programm einer berufsständischen Gliederung entwickelt und begründet.

Zu den Verechtern der berufsständischen Idee hat sich jetzt auch der „Stahlhelm“, Bund der Frontsoldaten, gestellt. Er tritt mit einem Aufruf hervor, in dem zum Eintritt in einen von ihm geschaffenen „Bund für organischen Staats- und Wirtschaftsneubau“ aufgerufen ist. Wenn in diesem Aufruf gesagt ist, daß die wirtschaftlichen Berufsverbände es bisher an der Herausstellung wesentlicher Ziele haben fehlen lassen, so muß diese Feststellung berichtigt werden. Es gibt eine Berufsorganisation, die bereits vor 12 Jahren an die vom Stahlhelm durchaus richtig gelesene Aufgabe herangegangen ist und in der Zwischenzeit immer wieder darauf hingewiesen hat, daß wir den gegenwärtigen Zustand schöpferisch überwinden müssen, indem wir eine neue Ordnung der Wirtschaft in die Wege leiten. Das Handwerk hat damit aber leider noch kaum Gehör gefunden. Auch darin zeigt sich die unzureichende Beachtung des gewerblichen Mittelstandes, die für die zurückliegende Zeit kennzeichnend ist. Es müßte zu wünschen sein, daß sich hierin alsbald ein Wandel vollzieht.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Die deutsche Bobmannschaft in Amerika verunglückt. Bei einer Trainingsfahrt der deutschen Bobmannschaft auf dem Olympischen Bobbahn zu Lake Placid ereignete sich ein schwerer Unglücksfall. Der unter Führung von Hauptmann Zahn (Braunschweig) stehende Bob „Deutschland“ sprang in der Kurve aus der Bahn. Hauptmann Zahn erlitt einen komplizierten linken Armbruch und außerdem innere Verletzungen. Der Deutsche Kohnen wurde am linken Auge schwer verletzt. Der Deutsche Kohnen kam mit leichten Rückenverletzungen davon, während der mitfahrende Amerikaner unverletzt blieb.

Raubüberfall auf einen Gastwirt. In der Nacht zum Sonntag wurde in Biebesheim (Kreis Groß-Gerau) der Gastwirt Fritz Brudmüller von zwei Unbekannten in seinem Bett überfallen und durch Selbsthiebe am Kopf schwer verletzt. Soweit bis jetzt festgestellt wurde, ist ein Betrag von 100 holländischen Gulden geraubt worden, ferner etwa 30 bis 50 RM. in Dreimarstückden. Der Kopf des Überfallenen weist 13 Verletzungen auf.

Siamische Gesandtschaft in Berlin aufgehoben. Die siamesische Gesandtschaft in Berlin ist aufgehoben worden. Die Geschäfte der Gesandtschaft werden von London verwaltet.

Hindenburg besucht die „Grüne Woche“ Berlin. Reichspräsident von Hindenburg stattete am Montag der „Grünen Woche“ seinen traditionellen Besuch ab. Zu seiner Begrüßung hatten sich Reichsminister Dr. Schiele u. a. eingefunden.

Entgleisung des Schnellzuges Paris-Mailand. Der Schnellzug Paris Mailand ist bei Montreaux entgleist. Der Lokomotivführer wurde getötet und 3 Beamte verletzt. Von den Reisenden sollen nur wenige geringfügige Quetschungen davongetragen haben.

Drei Todesopfer eines Cafe-Hausbrandes im Haag. Einem Großfeuer, das in einem Haager Cafe ausbrach, fielen nachts drei Menschen, darunter ein deutsches Dienstmädchen, die 18jährige Helene Kottmann, zum Opfer. Das Feuer hatte sich so schnell ausgebreitet, daß die Ehefrau des Cafebesizers, der Hausdiener und das Dienstmädchen, die im oberen Stockwerk schliefen, von den Flammen im Bett übertrakt wurden. Als es der Feuerwehr endlich gelang, in das obere Stockwerk einzudringen, fand sie nur noch die verkohlenen Leichen auf.

Eine Engländerin wegen Hundsmuggels festgenommen. Bei einer Zollkontrolle des Berlin-Pariser D-Zuges wurde hier eine Engländerin festgenommen, die im Begriffe fand, 100 englische Pfund über die Grenze zu schaffen. Die Pfundnoten wurden beschlagnahmt.

Handel und Verkehr

Tägliche Berliner Devisenkurse vom 30. Januar und 1. Februar

	30. Jan.	31. Jan.	1. Febr.	2. Febr.
Buenos Aires (1 Pan. Peso)	1,043	1,047	1,043	1,047
London (1 Pfund)	14,52	14,56	14,46	14,50
Newark (1 Dollar)	4,209	4,217	4,209	4,217
Amst.-Rottd. (100 Gulden)	169,48	169,82	169,43	169,77
Brüss.-Antw. (100 Belga)	58,71	58,83	58,71	58,83
Paris (100 Fr.)	16,56	16,60	16,56	16,60
Schweis (100 Fr.)	82,11	82,27	82,11	82,27
Wien (100 Schilling)	49,95	50,05	49,95	50,05

Wirtschaft

Die Indexziffer der Großhandelspreise vom 27. Januar 1932. Die vom Statistischen Reichsamt für den 27. Januar bestimmte Großhandelsindexziffer ist mit 99,7 gegenüber der Vormode um 0,3 v. H. zurückgegangen.

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten im Januar 1932. Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Einnahmen, Wohnbau, Bekleidung, Beleuchtung und „sonstiger Bedarf“) beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes für den Durchschnitt des Monats Januar 1932 auf 124,5 gegenüber 130,4 im Dezember 1931; der Rückgang beträgt somit 4,5 v. H. An dem Rückgang sind sämtliche Bedarfsgruppen beteiligt.

